

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung Rheinland-Pfalz ergreifen, um das gemeinsame Ziel einer Begrenzung der Klimaerwärmung zu erreichen?
2. Welche Maßnahmen wurden bereits durch das 2014 beschlossene rheinland-pfälzische Klimaschutzgesetz im Vorfeld des Pariser Klimaabkommens eingeleitet?
3. Welchen Beitrag leistet der von Rheinland-Pfalz forcierte Ausstieg aus den fossilen Energieträgern bei der Umsetzung des Klimaschutzabkommens?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Anstrengungen der Bundesregierung zum Klimaschutz mit Blick auf den „Klimaschutzplan 2050“?

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen!

Der menschengemachte Klimawandel ist eine Realität, der wir uns stellen müssen. Das lässt sich technisch begründen. Auch in diesem Monat liegen die globalen CO₂-Werte über 400 ppm. Damit hat die Treibhausgaskonzentration zum ersten Mal seit dem Beginn der Messung selbst am jährlichen Minimum diesen Schwellenwert nicht mehr unterschritten. Das heißt, wir leben in einer Welt mit höheren CO₂-Werten als jemals in den letzten Millionen Jahren. Das heißt, der Homo Sapiens hat eine solch hohe CO₂-Konzentration noch nicht erlebt. Das heißt, es ist ein Experiment mit einem ungewissen Ausgang; denn es bedeutet extreme Wetterlagen, Starkregen, globale Verwerfungen treten ein, veränderte Situationen in Landwirtschaft, Weinbau oder im Waldbereich, aber auch in der Wasserverfügbarkeit.

All das sind Fragen, denen wir uns auch in Deutschland und Rheinland-Pfalz stellen müssen. Die Beschlüsse von Paris im letzten Dezember sind ein Meilenstein in der globalen Klimapolitik. Hinter diesen Beschlüssen steht unsere Regierungskoalition. Die schnelle Ratifizierung des Klimaschutzabkommens und sein Inkrafttreten sind auch Ausdruck der Dringlichkeit, die jetzt von fast allen Staaten erkannt wird.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Fragen 1 und 2: Rheinland-Pfalz muss im nationalen, europäischen und internationalen Kontext seinen Beitrag leisten. Wegen unserer Geografie und Topografie sind wir in unserem Land überproportional vom Klimawandel betroffen, siehe Starkregenereignisse. Es liegt im ureigensten Interesse der rheinland-pfälzischen Bevölkerung und Wirtschaft, dass wir jede Stellschraube nutzen, die uns zur Verfügung steht.

Deswegen sind wir viele Projekte angegangen, die im Pariser Abkommen festgeschrieben sind, wie zum Beispiel die Verringerung der Emissionen im Verkehrssektor, in der Landwirtschaft oder die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Natürlich muss man auch die vielen kleinen Maßnahmen umsetzen, die ein Teil dieses Puzzles sind. Rheinland-Pfalz hat im August 2014 ein Landesgesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Kraft gesetzt, und kurze Zeit später lag das Klimaschutzkonzept vor. Hier werden die wesentlichen Ziele, Strategien und etwa 100 Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele festgesetzt. Ziele des Gesetzes sind 40 % Treibhausgasminderung bis 2020, mindestens 90 % bzw. Klimaneutralität bis 2050. Um dieser Vorbildrolle gerecht zu werden, hat sich das Land im Klimaschutzgesetz das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 zum Beispiel Behörden, Hochschulen und Dienstfahrzeuge klimaneutral zu organisieren. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits.

Zu Frage 3: Der Erfolg der Energiewende in Rheinland-Pfalz ist eine zentrale Messgröße dafür, ob wir die gesteckten Einsparziele bei den CO₂-Emissionen erreichen werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ist in Rheinland-Pfalz seit 2011 kontinuierlich gestiegen. Das wollen wir fortsetzen. Dafür werden wir uns für die notwendigen Rahmenbedingungen auf Bundesebene einsetzen.

Als Beispiel: Für 1 kWh Strom aus dem deutschen Strommix fällt mehr als das 66-Fache an CO₂-Emissionen an als für 1 kWh von einer Windkraftanlage. Deshalb haben sich die Koalitionspartner zum Kohleausstieg bekannt. Dazu liegt eine Kohleausstiegsstudie von 2015 vom damaligen Energie- und Klimaschutzministerium unter meiner Vorgängerin, Frau Lemke, vor. Die beabsichtigte Dekarbonisierung bis zur Mitte des Jahrhunderts nach den Beschlüssen von Paris bedingt einen Strukturwandel hin zu klimaneutralen Technologien. Das bietet gerade der rheinland-pfälzischen Wirtschaft große Chancen, wenngleich es ein globales Ziel ist.

Zu Frage 4: Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung bleibt leider deutlich hinter den Erfordernissen von Paris zurück, leider übrigens auch das EEG. Nach einem akzeptablen Arbeitsentwurf der Bundesumweltministerin ist er leider sehr durch das Bundeswirtschaftsministerium und das Kanzleramt zugunsten der Importe von Steinkohle und zugunsten der Braunkohle beschnitten worden. Leider sind damit wieder hohe Emissionen verbunden.